

Zwischenbericht der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche zu den Vorgängen in Ahrensburg

Im März dieses Jahres unterrichtete Frau B. aus Ahrensburg Frau Bischöfin Jepsen und Herrn Bischof Ulrich über sexuelle Übergriffe eines Pastors ihr gegenüber und gegenüber anderen männlichen und weiblichen Jugendlichen aus dem Zeitraum Ende der siebziger bis Mitte der achtziger Jahre sowie von ihren Versuchen, Informationen darüber an dienstvorgesetzte Stellen zu geben.

Die Haltung der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche (NEK) zu den berichteten Vorgängen hat der Vorsitzende der Kirchenleitung, Herr Bischof Ulrich, in seinem Schreiben vom 23.07.2010 an alle Pastorinnen und Pastoren und an die Mitarbeitenden der Nordelbischen Kirche wie folgt dargestellt:

„Die Abscheu und die Scham über das, was Pastoren unserer Kirche Menschen, die ihnen vertrauten, angetan haben, lassen mich nicht zur Ruhe kommen. Ich empfinde Zorn gegenüber den Tätern, die ihre Taten begangen haben unter Ausnutzung des Schutzraumes, den die Kirche notwendigerweise den Menschen gewährt, die in ihr arbeiten. Die Fragen nach Verantwortlichkeiten und der Art, wie in der Vergangenheit mit Informationen über sexuellen Missbrauch in unserer Kirche umgegangen wurde, nehme ich sehr ernst. Die Nordelbische Kirche hat ihren Anteil an Schuld gegenüber den Opfern – und sie trägt daran. Wir haben Verantwortung zu übernehmen und Buße zu tun.“

Die Kirchenleitung schließt sich dem Brief des Vorsitzenden uneingeschränkt an.

Der Vorsitzende der Kirchenleitung hat mit einer von der Kirchenleitung benannten Delegation am 27. Juli 2010 ein Gespräch mit Vertreterinnen und Vertretern des Vereins „Missbrauch in Ahrensburg“ geführt.

Die Kirchenleitung hat den Bericht von Frau B. ferner zum Anlass genommen, die seinerzeitigen Vorgänge mit Nachdruck aufzuklären und erforderliche Konsequenzen zu ziehen. Hierzu kann aus heutiger Sicht folgendes vorläufiges Ergebnis mitgeteilt werden:

Strafrechtliche Konsequenzen

Die Staatsanwaltschaft wurde informiert.

Disziplinarische Konsequenzen

Das Nordelbische Kirchenamt (NKA) leitete unverzüglich disziplinarische Ermittlungen ein. Diese richten sich mittlerweile gegen zwei pensionierte Pastoren. Die Ermittlungen gestalteten sich schwierig, weil die Vorgänge lange zurück liegen (zwischen zwanzig und vierzig Jahren). Mit dem Ermittlungsergebnis kann voraussichtlich Ende August 2010 gerechnet werden. Die Ermittlungen können sich länger hinziehen,

wenn sich weitere Opfer melden und angehört werden oder weitere klärungsbedürftige Fragen aufgeworfen werden.

Die Einleitung weiterer Disziplinarverfahren wird geprüft.

Mit Rücksicht auf die laufenden Verfahren können Einzelheiten zum Stand der Ermittlungen derzeit noch nicht mitgeteilt werden.

Das Disziplinalgesetz sieht nach Vorliegen eines Ermittlungsergebnisses vor, dass der Rechtsbeistand der beschuldigten Person dazu Stellung nehmen kann. Danach ist bei schwerwiegenden Vorwürfen eine Anschuldigungsschrift zu fertigen und der Vorgang dem kirchlichen Disziplinargericht zuzuleiten.

Ein Disziplinarverfahren kann jedoch nicht – wie ein Strafverfahren – zu einer Vergeltung für das begangene Unrecht führen. Disziplinarrecht und Strafrecht haben unterschiedliche Intentionen. Als Disziplinarmaßnahme kann im Extremfall die Entfernung aus dem Dienst verfügt werden.

Organisatorische Konsequenzen

Kirchenleitung und NKA haben begonnen, auch die Verfahrenswege beim Umgang mit Vorwürfen sexueller Übergriffe kritisch zu beleuchten und im erforderlichen Umfang zu überarbeiten. Eine verbindliche Handlungsanweisung wurde an die Kirchenkreise und die Leitungspersonen der Dienste und Werke in der NEK gegeben.

Darüber hinaus hat die Nordelbische Kirche Frau Ursula Schele (Kiel) und Frau Ulrike Stapelfeldt (Hamburg) als Ombudsfrauen für die Vorwürfe sexueller Übergriffe benannt.

Zur Förderung der Aufklärung und Bewertung der Vorgänge sowie zur Prüfung, welche Konsequenzen gezogen werden müssen, damit sich derartige Vorgänge nicht wiederholen, hat die Kirchenleitung einen externen Gutachter eingesetzt. Er ist in seinem Handeln und seinen Einschätzungen unabhängig. Ein Ergebnis liegt noch nicht vor.

Erste Überlegungen zu strukturellen Konsequenzen

Hinsichtlich möglicher Folgerungen für kirchliche Strukturen hat die Kirchenleitung erste Überlegungen angestellt, ohne dass diese Überlegungen vertieft werden konnten oder gar schon Entscheidungen getroffen wurden. Auch zu diesen Fragen erwartet die Kirchenleitung Hinweise des externen Gutachters.

Im Folgenden werden einige Fragestellungen genannt, die die Kirchenleitung für bedenkenswert hält.

Die Kirchenleitung hat sich darüber berichten lassen, wie im Nordelbischen Kirchenamt heute mit entsprechenden Vorwürfen umgegangen wird, und daraus den Eindruck gewonnen, dass Personalentscheidungen ohne Dokumentation nicht dem Ge-

schäftsablauf des Nordelbischen Kirchenamtes entsprechen. Dies galt auch schon 1999.

Die Gleichstellungs- und Genderbeauftragte ist regelmäßig in die pastorale Ausbildung eingebunden, um für das Thema „Umgang mit sexualisierter Gewalt“ zu sensibilisieren.

Die Frage von Nähe und Distanz ist bereits Gegenstand der pastoralen Ausbildung. Ob eine noch intensivere Befassung mit diesem Thema erforderlich ist, wird von den Verantwortlichen zu prüfen sein.

Deutlich wird, dass Pastorinnen und Pastoren darüber hinaus eines besonderen Sensoriums für den Umgang mit Sexualität, auch ihrer eigenen, bedürfen. Wie dies Sensorium geschärft werden kann, wird – auch unter Beteiligung der Universitäten - zu überlegen sein.

Über das Spannungsverhältnis von Seelsorge und Aufsicht bzw. Fürsorge und Aufsicht ist ein weiteres Nachdenken erforderlich. Dazu gehört auch die Frage, welche Vorgänge der seelsorgerlichen Verschwiegenheit unterliegen und welche nicht.

Die Tatsache, dass Pastorinnen und Pastoren nach ihrem Ruhestand weiter am Ort ihres früheren Wirkens leben und in der Gemeinde mitarbeiten, erscheint nicht unproblematisch. Ebenso sollte der Frage nachgegangen werden, ob es zuträglich ist, wenn Pastoren über Jahrzehnte in derselben Gemeinde tätig sind.

Für etliche dieser Fragen können Jahresgespräche zwischen Pröpstinnen bzw. Pröpsten und der Pastorenschaft hilfreich sein.

Die Verantwortung von Kirchenvorständen und Kirchenkreisvorständen für die Wahrnehmung von und den Umgang mit Vorwürfen sexueller Übergriffe muss geschärft werden.

Visitationen sind ein geeignetes Mittel, mit den Gemeinden auch über solche Fragestellungen ins Gespräch zu kommen. Das vor einigen Jahren von der Synode der Nordelbischen Kirche verabschiedete Visitationsgesetz sieht bereits regelmäßige Visitationen in Gemeinden, Kirchenkreisen, Diensten und Werken verbindlich vor.

29. Juli 2010